



Die mögliche Wiedereinführung einer Dienstpflicht ist häufiges Thema in Unterrichtsstunden mit einem Jugendoffizier.

Bremen

🕒 4 min.

Bundeswehr in Bremen

"Die Zahlen sind schon sehr ernüchternd"

Warum die Bremer Schulen kaum Interesse haben, die Bundeswehr in den Unterricht einzubinden

Joerg Helge Wagner

Bremen. Hauptmann Florian Kröger ist froh, dass auch Cuxhaven, Delmenhorst und Osterholz zu seinem Beritt zählen – wäre der Jugendoffizier beim Landeskommmando Bremen allein für den Zwei-Städte-Staat

zuständig, würde er wohl vor Langeweile umkommen. Genau zwei Mal wurde er hier in diesem Jahr angefordert, um über Sicherheitspolitik zu referieren – einmal davon beim Technischen Hilfswerk (THW) und Katastrophenschutz in Bremerhaven.

„Ich werde nur tätig auf Einladung“, sagt der 31-jährige Heeresaufklärer mit dem sorgfältig gestutzten Vollbart. Es gebe aber pauschale Anschreiben an alle weiterführenden Schulen und andere Institutionen. „Für Bremen sind die Zahlen schon sehr ernüchternd“, findet der Offizier, der vor einem Jahr aus Eutin hierherkam. Nach einer Statistik der Bundeswehr gab es 2018 in Bremen insgesamt 17 Veranstaltungen, während es in Hannover 45 waren, in Nürnberg 34 und in Dresden sogar 91. Im vorigen Jahr ein ähnliches Bild: Bremen hatte neun Veranstaltungen mit Jugendoffizieren, Hannover 24, Nürnberg 27 und Dresden 64.



*Florian Kröger Hauptmann
Florian Kröger ist
Jugendoffizier beim
Landeskommando Bremen.*

In Lilienthal hingegen habe er im April auf einer einzigen Podiumsveranstaltung mehr als 100 Schüler erreicht, berichtet Kröger. Auch in Bremen meldeten sich gelegentlich interessierte Lehrkräfte, aber meistens höre man nach dem ersten Gespräch nie wieder etwas von ihnen.

Antrag der CDU-Fraktion

Schon Krögers Vorgängerin Meike Bauersfeld wurde Anfang 2023 nach Oldenburg versetzt, weil sie in zwei Jahren nicht eine einzige Anfrage aus einer Bremer Schule erhalten hatte. Bereits im März 2022 hatte die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft beantragt, das Zusammenwirken von Schulen und Bundeswehr bei der politischen Bildung mit einem Kooperationsvertrag zu verstetigen. So etwas gibt es in vielen Ländern, seit 2021 auch in Krögers Heimat Schleswig-Holstein. In Bayern hat der Landtag jüngst sogar mit den Stimmen der oppositionellen SPD ein Gesetz verabschiedet, das Schulen und Universitäten im Freistaat zur Zusammenarbeit mit den Streitkräften geradezu verpflichtet.

In Bremen hingegen findet die SPD einen Kooperationsvertrag überflüssig, die Grünen bangen um ihre pazifistischen Wurzeln und die Linke ist sich sicher, „dass die Bundeswehr keine neutrale Instanz der Wissensvermittlung in militärischen Fragen ist“. An seiner Seite weiß das linke Regierungsbündnis dabei die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die grundsätzlich jeden Besuch von Jugendoffizieren in Schulen ablehnt. Politische Bildung gehöre „in die Hand der dafür ausgebildeten

pädagogischen Fachleute“. Zudem würden Jugendoffiziere bei politischen Konflikten „die Notwendigkeit militärischer Interventionen betonen“. GEW-Landessprecherin Ramona Seeger kritisiert, dass „Gewaltfreiheit oder zivile Lösungen vernachlässigt bis gar nicht thematisiert werden“.

Fregattenkapitän Thomas Krey weist als Sprecher des Landeskommandos darauf hin, dass der vorige Koalitionsvertrag nur gemeinsame Besuche von Bundeswehr und Vertretern der Friedensbewegung oder entsprechender Organisationen im Unterricht zuließ. Die Besuche scheiterten dann oft an der kurzfristigen Absage dieser zivilen Vertreter, berichtet der Marineoffizier. Im neuen Koalitionsvertrag fehlt nun diese Regelung, aber verändert hat sich bislang nichts.

Dabei wäre laut Bildungsressort vieles möglich, denn „die Schulen entscheiden eigenverantwortlich und freiwillig, ob sie Angebote der Jugendoffiziere annehmen“. Frühestens geht das ab Jahrgang 9. Bei der Behandlung der sicherheitspolitischen Themen – sei es nun Ukrainekrieg oder Wehrpflicht – verweist Ressortsprecherin Patricia Brandt auf den bundesweit geltenden Beutelsbacher Konsens. Danach dürfen Schüler nicht indoktriniert und an der Gewinnung eines eigenen Urteils gehindert werden: „Themen müssen kontrovers dargestellt und diskutiert werden, wenn sie in Wissenschaft und Gesellschaft kontrovers erscheinen.“ Dies gilt nicht nur für die Jugendoffiziere, sondern auch für die Lehrkräfte, die sie eingeladen haben.

Besuche von Bundeswehreinrichtungen oder mehrtägige Seminare „fallen generell unter die Regelungen zum ‚Lernen am anderen Ort‘, die Teilnahme ist ab vollendetem 14. Lebensjahr möglich“, erläutert Brandt. Die Eltern müssen zustimmen – fehle deren Einverständnis, müssten die entsprechenden Schüler am Unterricht von Parallelklassen teilnehmen. In Bremen hat es eine solche Seminarfahrt allerdings zuletzt 2019 gegeben.

„Ich bin oft überrascht vom Wissen und Interesse der Schüler“, sagt Jugendoffizier Kröger über sein Tagesgeschäft, also die Doppelstunde in einer Klasse. Fragen lässt der Zeitsoldat, der sich auf 14 Jahre verpflichtet hat, schon bei seiner Vorstellung zu. „Die meisten sind nicht superkritisch, heikle Themen spreche ich oft selber an“, berichtet er. „Es ist wichtig, die Bedeutung der Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsatz ins Bewusstsein zu rücken. Denn diese politische Entscheidung kann einhergehen mit Tod oder Verwundung.“

Jugendoffiziere trifft oft der Vorwurf, für den Dienst an der Waffe zu werben – dabei dürfen sie genau dies ausdrücklich nicht. Das ist den Karriereberatern der Bundeswehr vorbehalten, die wiederum nicht im Unterricht eingesetzt werden, wie die Bildungsbehörde versichert. Gleichwohl findet man dort, selbst deren Einsatz sei „im Rahmen der Berufsorientierung sinnvoll“, etwa auf entsprechenden Messen.